

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
36 (1922)**

236 (9.10.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-454679](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-454679)

36. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 150,00 Mark, das 11,00 Mark Beträge, bei Abnahme von der Expedition 150,00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 450,00 Mark, monatlich 150,00 Mark ausschließlich Postgebühren.

Republik

Preis 7 Mk.

Bei den Inseraten wird die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Käufern - Willensanzeigen und Inseraten mit 4,00 Mk. berechnet, Familien - Anzeigen 3,00 Mk., für Anzeigen aus wärtiger Inserenten 6,00 Mk., Anzeigen in Reklametexte - Millimeterzeile 25,00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Montag, 9. Oktober 1922 * Nr. 236

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Kulturfortschritt in den Gemeinden.

Von Witter Raal.

Die Folgen der fortschreitenden Geldentwertung wägen sich zu Ravinen und stützen in entsetzender Tempo den Gemeindefuß nach. Schwächere Gemeindefuß brechen zusammen. Wir sind ganz dicht an der Grenze des Verderbens. Wir müssen die letzten Kräfte anstrengen, um die Maschine im Gange zu halten, so gut es geht. So Magdeburgs Oberbürgermeister, Genosse Weims, in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen. Als Vorsitzender des Städtetages für die Provinz Sachsen auf der Magdeburger Tagung (September) berichtete er, viele Gemeinden wüßten nicht, ob sie am 1. Oktober noch Gehalt im voraus zahlen könnten. Die ungeheure Steigerung der Lebensmittel erbitterte die Lohnempfänger fürchterlich, und die ersten Stöße der verzweifelnden Bevölkerung werden die Gemeinden auszuhalten haben. Immer eindringlicher wiederholen sich die Not- und Hungerrufe der Gemeinden und ihrer Interessentengruppen. Der Zusammenbruch der Gemeinden ist unausweichlich, wenn das Reich nicht helfe. Auf der Völkertagung des Ernährungsausschusses von Deutschen Städtetagen (September) wurde einstimmig erklärt, neue Verpflichtungen könnten die Städte nur übernehmen, wenn Reich und Länder die gesamten zu deren Erfüllung notwendigen Geldmittel aufschössen. Die Städte seien völlig am Ende ihrer Kraft. Verschiedene der an der Berliner Besprechung der Finanzlage mit der Reichsregierung beteiligten Vertreter von Stadt- und Landgemeinden (September) stellten die Zahlungsunfähigkeit ihrer Verwaltungen für die aller nächste Zeit in Aussicht. Die Stadt will einige ihrer Altschulden nach Wien entlassen, um zu erfunden, wie eine Stadt sich am besten auf österreichische Verhältnisse vorbereite. Wiesbaden mußte (September) die Etatssumme für das letzte halbe Jahr verdreifachen und kam damit auf rund dreihundert Millionen Mark. Unabwendbar wurde diese Erhöhung infolge Steigerung der Kohlenpreise, Gehälter und Rente auf das Vierfache der bisherigen Höhe. Karlsruhe trat bereits nach dem Stande zum Mai dieses Jahres an einem Defizit von annähernd 84 Millionen Mark im Monatsanfang für 1922. Der gesamte Jahreshaushalt an Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen, ausschließlich der Lehrer und Volkshilfsbeamten, wurde Anfang 1922 noch mit 101 700 000 Mark angelegt, war am 1. Mai auf 201 999 000 Mark und Anfang August auf mindestens 450 000 000 Mark gestiegen. Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung hat kürzlich (September) 576 307 000 Mark für Lohn- und Gehaltszulagen bewilligt. Selbst wenn das Reich 80 Prozent hiervon übernehme, schreibt die „Leipziger Volkszeitung“, hätte Leipzig noch 77 555 000 Mark aufzubringen und „sein Reich vermag zu sagen, wo die Stadt die Summe berechnen solle; denn es sind alle zur Verfügung stehenden Steuerquellen erschöpft und die ergiebigen und direkten Vermögenssteuern hat das Reich für sich in Anspruch genommen“.

Es sind aber nicht nur die Forderungen der Arbeitnehmer — die sich befänglich längst nicht im Tempo der Lebensverwertung bewegen —, sondern auch die Aufwendungen für die öffentliche Fürsorge, die die finanziellen Kassen der Gemeinden immer höher türmen. Berlin bewilligte erst kürzlich, wieder 208 Millionen, Hamburg mehr als 370 Millionen Mark für Rotterlandaktionen. Das bekannte Entlastungsprogramm des Berliner Magistrats, das auch die Einstellung noch im Entstehen begriffener städtischer Hoch- und Tiefbauten ausführt, hat die Öffentlichkeit erstreckt wie ein memento mori. Berlin macht damit Schule: Auch Altona hat die Stilllegung solcher Bauten in Erwägung gezogen. Die städtischen Kollegien haben — „da in der gegenwärtigen Zeit schnelle Entschlüsse für geboten erschienen könnten“ — dem Magistrat in der Frage freie Hand gelassen.

Mit am schwersten leidet das öffentliche Verkehrswesen der Gemeinden unter der Finanzkatastrophe. Auf einer kürzlich in Hannover abgehaltenen Konferenz der Vertreter größerer Straßenbahnen Deutschlands wurde festgestellt, daß die Betriebskosten der Straßenbahnen schon bis Anfang Juli 1922 auf das 71- bis 75fache der Höhe von 1914 gestiegen waren. Die Konferenzteilnehmer waren sich darin einig, daß die Preise der für die Bahnen wichtigsten Materialien vielfach über das durch die Geldentwertung gerechtfertigte Maß hinausgegangen sind. Eine linksrheinische Straßenbahnerverwaltung berichtet, daß der Preis für Rillenschienen für das erste Septemberdrittel das mehr als 400fache gegenüber 1914 betrug. Berlin plant die Erhöhung des Fahrpreises für eine Straßenbahnfahrt auf 15 Mark. Die „Westfälische Straßenbahn, Gerthe“ hat ihren Tarif auf 15 Mark für eine, 19 Mark für zwei und 22 Mark für drei Zeitstreifen erhöht. Rotthaus denkt an völlige Einstellung des Straßenbahnverkehrs. Die Bodum-Gelsenfudener Straßenbahnen sehen sich zur Stilllegung großer

Zeilstrecken genötigt. Auch Halle droht mit Betriebsstilllegung.

Das schwindende Vertrauen zur Mark veranlaßt einen erschreckenden Rückgang des Sparwesens. Auch die „kleinen Leute“ bemühen sich, ihr Geld in Sachwerten anzulegen, um Verlusten durch die weitere Geldentwertung zu entgehen. Die Sparquartale bei öffentlichen Sparbanken betragen in Deutschland vor dem Kriege beinahe 30 Milliarden Goldmark und werden für August 1922 nur noch auf annähernd 141 Millionen Goldmark geschätzt. Was das für die Gemeinden bedeutet, zeigt am besten der kürzlich bekannt gewordene Beschluß der Sitzzentrale auf dem Allgemeinen Deutschen Sparfahrentag in Goslar, den Gemeinden den Kredit zu sperren.

Die den Gemeinden nach der großen Reichsfinanzreform verbliebenen Steuerquellen fließen zu spärlich, um den gewaltig gesteigerten Anforderungen der Gemeindefürsorge zu genügen. Auch der Aniehemer ist ihnen so gut wie verschlossen. Mit den Markschlägen der Sitzzentrale: Vermeidung aller ungedeckten Ausgaben, Verhäufung der Betriebsmittel für die kommunalen Werke, Einstellung der Zahlung von Leasingzulagen — werden die Gemeinden wenig anfangen können. Reich und Länder zeigen wohl Einsicht und guten Willen zu helfen, sind aber behindert durch die eigene Notlage. Inzwischen schränken sich die Gemeinden ein, verzichten auf Verkehrsbequemlichkeiten, auf Ausführung ihrer Bauprogramme, beschränken den Schulbetrieb, lassen ihre Bibliotheken verrotten, ihr Stadttheater und -Orchester barben; zu neuerdings kommt aus der sächsischen Gemeinde Lohjein die Nachricht, daß die Straßenbeleuchtung eingestellt worden ist, weil die Stadt mit Zahlungen beim Kraftwerk im Rückstand bleibt. Das alles sind Folgen der Reparationslasten. Erst dann werden den Gemeinden andere Zeiten blühen, wenn man werden den Gemeindefürsorge die Reparationsfrage in ökonomischem Sinne gelöst werden muß.

Gegen das Aufkäuferwesen.

In einer kleinen Anfrage des preussischen Landtages wurde darüber Klage geführt, daß trotz der Bemühungen des Oberpräsidenten in Cisleithen das Aufkäuferwesen durch auswärtige und einheimische Händler die Moral der Produzenten erschüttere, der Lebenshaltung die notwendigen Lebensmittel nehme und die einheimischen Verbraucher zwingt, unerschwinglich hohe Preise zu zahlen. Wie der amtliche Preisdienst mitteilt, wird diese Anfrage vom Handelsminister folgendermaßen beantwortet:

Gerade mit Rücksicht auf die in Ostpreußen und anderen Uberschuldungsprovinzen hervorgerufenen Mißstände im Aufkäuferwesen sind die Vorschriften über den Aufkauf und den Handel mit Rohstoffen erst kürzlich durch Verordnung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft beträchtlich verschärft worden. Es ist eine Nachprüfung sämtlicher bisher ausgestellten Aufkauf- und Handelsverträge für Rohstoffe vorgenommen worden. So ist zu hoffen, daß durch diese, gegenwärtig gerade in der Durchführung begriffene Maßnahme die hervorgerufenen Injustizverhältnisse wesentlich werden eingeschränkt werden. Im übrigen sind die Rohstoffhändler wiederholt angewiesen worden, dem Interesse der milden Aufkäufer ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und gegen unbefugte Aufkäufer unmissverständlich einzuschreiten. Diese Weisung ist im Oberpräsidenten in Königsberg jetzt erneuert übermittelt worden.

Um den Tabakzoll.

Im Hinblick auf die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung des Tabakzolls von 80 auf 180 Mark pro Kilogramm Rohtabak ist eine Einsparpörrer für Tabak und Tabakerzeugnisse verhängt worden. Diese wird jetzt aufgehoben. Der Zolltarif für Tabak und Tabakerzeugnisse hat die Regierung lediglich dazu ermächtigt, den Zoll um 15 Mark zu erhöhen. Diese geringe Zollserhöhung hätte in keinem Fall den Tabakverbrauch wesentlich verringern können.

Aus diesem Grunde hat sich die Reichsregierung demnach nicht gesehen, von der Ermächtigung keinen Gebrauch zu machen, sondern die Einfuhr zu den alten Sätzen wieder zu gestatten, um so mehr, als eine geringe Zollserhöhung lediglich Schwierigkeiten für Klein- und Mittelbetriebe der Tabakindustrie gebracht hätte, ohne den volkswirtschaftlichen Erfolg der ursprünglich beabsichtigten Maßnahmen zu gefährlichen.

Eine Deurteilung der Deutschnationalen.

Am Tage nach der Ermordung Rathenaus hatte die sozialdemokratische Zeitung „Völkertag“ eine außerordentlich scharfe Kritik, betitelt: „Anipörrer der deutschnationalen Wörrerhande nieder!“ veröffentlicht. Der Artikel wandte sich gegen die deutschnationalen Wörrerhande und stieg aus in der Forderung, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Republik und Verfassung vor den deutschnationalen Wörrerhanden zu retten. Wegen des Artikels hatte sich der verantwortliche Redakteur Genosse Krawinkel nun vor der Völkertag-Sitzung des Reichstages verantworten, da er angeblich verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufgereizt habe (180 des Strafspruches). Außerdem hatte die Sozialdemokratie herausgefunden, daß zufällig in dem fraglichen Nummer die sonst mechanisch eingetragene Besichtigung des Druckes fehlte; auch dafür wurde Genosse Krawinkel verantwortlich gemacht. Genosse Krawinkel führte in der Verhandlung noch einmal die ganze Wörrerhande der deutschnationalen Presse und führte dem Gericht vor Augen. Inzwischen wurde bekannt, daß ein Putsch geplant war, um die Republik zu beseitigen.

sein zu erbringen. Es sei seine Pflicht gewesen, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahr von Seiten der deutschnationalen Reaktion drohe. Der Staatsanwalt beantragte 10 000 Mark Geldstrafe und wegen der fehlenden Rettung des Druckers 300 Mark Geldstrafe. Verteidiger Rechtsanwalt Krawinkel bezeichnete den Artikel als einen Akt der Staatsnotwehr. Die Beweise dafür seien da, daß die Nationalen umher von deutschnationaler Seite unterstellt worden seien. Er erziele auf Grund dieser Erregung den scharfen Kampf hätte fügen können. Es sei dem Angeklagten fernar wegen des Todes.

In der Begründung betonte das Gericht die damals anormalen Zustände, die durch die Ermordung Rathenaus allerseits Schlag getroffen hatten. Es verurteilte in diesen Punkten die Erregung des Angeklagten und billigte ihm zu, daß er auf Grund dieser Erregung den scharfen Kampf hätte fügen können. Es sei dem Angeklagten fernar wegen des Todes.

„Müssen wir uns nicht dazu auf, die deutschnationalen Wörrerhande niederzukämpfen, so werden wir es, wenn das Ausland das deutsche Volk für eine Gesellschaft verkommenen Dunde hält.“

beispielt, da es eine historische Tatsache sei, daß diese Wörrerhande von deutschnationaler Seite unterstützt wurde. Wenn er gegen diese unterirdischen Kreise vorgehe, so müde das nicht schämen gewesen. Lediglich der Satz, in dem ganz allgemein von Deutschnationalen gesprochen wird, hätte einen Anreiz zur Gewalttätigkeit gegen eine ganze Volksschicht geben können. Das Gericht zog aber keine berechtigten Erregung in Betracht und keine Erkenntnis der Tatsache, daß die Republik in Gefahr gewesen sei.

Ein Dokument der Einigung.

Kreide berichtet in der gereinigten Partei, die alle Genosseninnen und Genossen, mögen sie der SPD, oder der SPD, angehört haben, über die Verhandlungen und sich nun in die Tat umzusetzen. Sie ist der Gegenstand aller Erörterungen in Partei und Reichstag, im gesellschaftlichen Verkehr, wie in der Familie. Alle Arbeiter und alle Arbeiterinnen wie alle Angestellten, die bisher getrennt existierten, sind voller Eifer, die vollkommene Einigung zur Kräftigung der sozialdemokratischen Bewegung zu erreichen zu lassen. Überall sehen wir neue Antriebe zur Agitation, lebendiges Streben, die vielen, die sich wegen der Spaltung abwärts getrieben haben, wieder für den lebendigen Kampf zu gewinnen. Überall sehen wir aufspringen die alte Liebe für die Partei trotz aller Härte der Zeit nimmt die Hoffnungszukunft im Proletariat zu.

Zur Erinnerung an den großen Tag, der uns der 24. September zu Nürnberg war und der uns bleiben soll und bleiben wird, hat der neue Parteivorstand beschlossen, eine Einigungsmarkete herauszugeben, die auf den inneren Umschwung unserer Zeitgeschichte einwirken werden soll. Der Parteivorstand verpflichtet die männlichen Mitglieder unserer Partei, eine Marke im Werte von 20 Mark, und alle Genosseninnen, eine Marke im Werte von 10 Mark zu erwerben zur Erinnerung an die Einigung und zum dauernden Gedächtnis, daß wir auf neuem geordneten Boden nun für die Befreiung des Proletariats zu wirken und anstreben. Der Vertrag dieser Parteimitglieder soll zur Kräftigung der Parteimitglieder der Reichstagsfraktion unserer Partei dienen. Dem Parteivorstand Genosseninnen und Genossen der Partei einen großen Dienst. Sie erkennen damit die Notwendigkeit, die Partei auch materiell zu kräftigen, indem sie ihr die für die Durchführung der proletarischen Einigungsbewegung und für ihre politische Ausübung notwendigen Mittel zuführen.

Aus der Tschecho-Slowakei.

Das neue tschechoslowakische Kabinett ist am Sonntagabend gebildet worden. Zum Ministerpräsidenten wurde der Abg. Dr. Soehla, der Führer der Agrarpartei, ernannt, der im ersten Kabinett Minister des Innern war. Außerdem treten in das neue Kabinett auch die Führer der übrigen vier Parteien, die zusammen mit der Agrarpartei die Parlamentsmehrheit bilden. Das neue Kabinett zählt 17 Mitglieder, wovon 8 den bürgerlichen und 7 den sozialistischen Parteien angehören, und zwei, Dr. Wencsch und der Minister für Slowakei, außerhalb der Parteien stehen.

Politische Rundschau.

Die Verfassungstragik. Mit Ausnahme des Abg. Eisenberger sind in München alle früheren kommunistischen Landtagsabgeordneten mit zur geordneten Partei gelassen, darunter der Landtagsabgeordnete Cilo Graf, der frühere Redakteur der „Neuen Zeitung“ (Schwab) und der frühere Bezirksleiter der SPD, Hülshauer.

Politische Notizen. Herr Bülow läßt erklären, daß er, trotz der ihm nicht genehmen Darstellung seiner Tätigkeit in der Exilier-Remonstration keine Erinnerungen schreiben werde. — Am 5. Oktober wurde der Aufsichtsrat zwischen Reichs- und Konstantinopel eröffnet. Die Präsensung verläuft zweimal in der Woche. — In Ausführung der in Genoa hinsichtlich des Verkehrs wendend geäußerten Wünsche, findet am 17. Oktober in Paris eine Sitzung der europäischen Eisenbahnerverwaltungen statt, in der über die Konstitutionierung des Verbandes der europäischen Eisenbahnen beraten werden soll. — In Hinblick des Reichsminister in Oberbayern haben folgende Beamte gegenüber deutschen Behörden ihre Weisung bei Einreisungswesen usw. überstritten. Die deutsche Regierung fordert jetzt Bestätigung.

Tampferverbindung Wilhelmshaven-Schwaderbek und jurad.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Wilhelmshaven and Schwaderbek.

Schwaderbek-Rordenham und jurad.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Schwaderbek and Rordenham.

Westerfähre Bieren-Gesekemünde und jurad.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Bieren and Gesekemünde.

Barel-Rodenkirchen und jurad.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Barel and Rodenkirchen.

Teber-Carolineafiel und jurad.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Teber and Carolineafiel.

Cüdenburg-Grave und jurad.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Cüdenburg and Grave.

Tamme-Goldorf und jurad.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Tamme and Goldorf.

Delmenhorst-Verha-Brande.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Delmenhorst and Verha-Brande.

Brande-Verha-Delmenhorst.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Brande and Verha-Delmenhorst.

Cüdenburg-Beer-Renfham und jurad.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Cüdenburg, Beer, and Renfham.

Cüdenburg-Caufenbrück-Cödenbrück und jurad.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Cüdenburg, Caufenbrück, and Cödenbrück.

Caufenbrück-Offen-Rödingen-Weppen und jurad.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Caufenbrück, Offen, Rödingen, and Weppen.

Wegha-Wilhorn.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Wegha and Wilhorn.

Bieren-Rordenham-Rodenkirchen-Grave-Sube.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Bieren, Rordenham, Rodenkirchen, Grave, and Sube.

Sube-Grave-Rodenkirchen-Rordenham-Bieren.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Sube, Grave, Rodenkirchen, Rordenham, and Bieren.

Wilhelmshaven-Cüdenburg-Bremen.

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Wilhelmshaven, Cüdenburg, and Bremen.

Hamburg-Biel

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Hamburg and Biel.

Hannover-Berlin

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Hannover and Berlin.

Rhein-Ranher

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Rhein and Ranher.

Biel-Hamburg

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Biel and Hamburg.

Bremen-Cüdenburg-Wilhelmshaven

Table with columns for departure times (F, P, S) and arrival times (F, P, S) for Bremen, Cüdenburg, and Wilhelmshaven.